

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Ein offener Brief.

Thomas Thompson
Finkenhainer Strasse 18
35315 Homberg Ohm

17.08.2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie haben in Ihrer Neujahrsrede am 31. Januar 2020, in Ihrer Rede zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 vor dem Europäischen Parlament am 8. Juli 2020 in Brüssel, sowie in einigen anderen Reden mehrmals auf die prekäre Lage des Klimawandels und die darauf resultierenden Bedrohung für uns Menschen und die Fauna und Flora unserer Welt hingewiesen und gewarnt. Ferner haben Sie die Kernrolle von Europa und die Vorreiterrolle von Deutschland in Sache Klimaschutz besonders betont. Wir möchten uns hiermit für Ihre Einsicht und Engagement bedanken.

Wir haben dafür Verständnis, dass Sie nicht alles wissen können, was in unserem Land passiert, gerade wenn, oder speziell wenn irgendetwas in Hinsicht Klimaschutz auf der schiefen Bahn läuft. Deswegen möchten wir Sie hiermit über ein Projekt hier in Hessen, das Ihren Zielen definitiv widerspricht, im Kenntnis setzen, ein Projekt, die auch, wie Sie es vorher gesagt haben, zu der Erwärmung unserer Erde und zu einer Gefahr für unsere Trinkwasservorräte führt. Ein Projekt geplant von Menschen in Hessen und Berlin, die nur Schäden verursacht. Ein Projekt, das jeglichem Klimaschutzprogramm zuwider läuft.

Wir sprechen hier von dem Weiterbau der Autobahn A49 – dem letzten Bauabschnitten VKE 30 & 40 zwischen Schwalmstadt und dem Anschluss an die A5 bei Gemünden (Felda) in Mittelhessen.

Die geplante Autobahn Trasse hatte früher in der Planung einen ganz anderen Verlauf, als es aktuell in dem Planfeststellungsbeschluss steht. Er hat sich auch mehrmals auf Grund politischer Meinungen und bevorzugten Trassenverläufen geändert, bis letztendlich die jetzige Trasse ausgewählt wurde, die zu einem drohenden Umweltdesaster führen würde, wenn sie umgesetzt würde. Schon die in 1997 von der Hessischen Landesregierung beauftragte Umweltverträglichkeitsstudie kam zu dem Ergebnis, dass die Zielkonflikte der Trasse mit dem Natur- und Umweltschutz nicht ausgeglichen werden können. Der Regierung wurde damals geraten, die weitere Autobahnplanung fallen zu lassen und Lösungen im Bereich von Ortsumgehungen zu suchen. Das hat am 23. Juni dieses Jahres auch das BVG Leipzig inhaltlich bestätigt, als es festgestellt hat, dass diese Autobahntrasse so nie mehr genehmigt würde. Insbesondere fehlt im Planfeststellungsbeschluss die Prüfung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

Erstens: Die Planung führt die Trasse östlich an Stadtallendorf vorbei. Um es zu realisieren, müssten 25 ha Wald – der zu einem FFH Gebiet (Natura 2000- Gebiet) gehört – gerodet werden! – *die Lösung ist klimafeindlich statt klimafreundlich und bedroht die Biodiversität! Gerade hat Deutschland wieder ein Vertragsverletzungsverfahren erhalten, weil es seine Natura 2000-Gebiete zu schlecht schützt.*

Zweitens: Die Trasse überquert das Gleental bei Niederklein – ein Trinkwasserschutzgebiet, in dem kein Landwirt Tiere wegen drohender Verunreinigung grasen lassen darf. Hier soll eine 460 Meter lange und 30 Meter hohe Autobahnbrücke über das Tal gebaut werden, mit Pfeilern, die nach mündlicher Auskunft 30m in die Erde, davon 20m im Bereich von Grundwasser gebohrt werden sollen – direkt neben bestehenden Wasserpumpen, die Trinkwasser für circa 500.000 Menschen in der Region fördern! – *die Lösung ist lebensbedrohlich für die Bevölkerung und menschenfeindlich durchdacht! Bereits jetzt haben wir in der Region schon Probleme mit der Wasserversorgung aufgrund der Dürre während der letzten drei Jahre!*

Drittens: Die Trasse führt südlich des Gleentals durch einen der ältesten und noch – trotz Dürre und Klimaprobleme – intakten Mischwälder Deutschlands mit alten Buchen – und Eichenbestände, die bis zu 300 Jahre alt sind: den Dannenröder Forst. Hier sieht die Planung eine weitere Zerstörung von mindestens 85 ha Wald vor – *die Lösung ist*

klimakriminell statt klimafreundlich! Förster Peter Wohlleben hat in einem Interview dargelegt, dass der Wald klimarelevant ist und dass seine Abholzung eine starke Aufheizung des Binnenklimas bewirken würde.

Viertens: Der Bauabschnitten VKE 30 & 40 sollen über eine ÖPP Lösung finanziert werden. Die Kosten für das Projekt sind von ursprünglich geschätzten 585 Million € auf 1,1 Milliarden € – auch geschätzt – gestiegen und drohen noch weiter zu explodieren. Eine Gasleitung kurz vor dem A5 Anschluss kann nicht wie geplant verlegt werden = Mehrkosten! Eine Stromleitung mit Metallmasten muss weiter verlegt werden als geplant = Mehrkosten und noch mehr Waldrodung!

Wer soll das bezahlen? Bei einer ÖPP Lösung die Steuerzahler natürlich!

Die Herren Bouffier und Al-Wazir in Hessen wissen natürlich von der Planung, kennen die Probleme und Risiken, wollen aber nichts ändern. Herr Bouffier hat sogar im November 2019 das Projekt „Unser Wald“ mit den Worten „Den Wald zu bewahren, ist eine Gemeinschaftsaufgabe“ ins Leben gerufen. In der damaligen Presseerklärung hieß es „Ziel ist es, den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Nachhaltig bewirtschaftete Wälder mindern das Risiko des Waldsterbens und binden CO2“. Trotzdem tut er nichts, um die Planung zu ändern oder die Waldzerstörung zu verhindern und setzt damit viele Tonnen CO2 frei – und will ein noch intaktes Kühlaggregat gegen den Klimawandel abholzen lassen – *ein unverständliches und umweltfeindliches Paradox!*

Unser Appell an Sie lautet daher:

Lassen Sie die Tatsachen wie oben beschildert nicht unbeachtet. Wir bitten Sie die Angelegenheit A49 VKE 30 & 40 zur Chefsache zu machen, um das umweltfeindliche und Erwärmungs-Potential, das es beinhaltet zu verhindern. Dieses Projekt steht offensichtlich nicht in Einklang mit Ihren Umweltzielen. Wir erhoffen Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung. Bitte enttäuschen Sie uns nicht. Sie bestimmen die Richtlinien der Politik und haben bereits nach Fukushima weitsichtig gehandelt. In der Klimakrise befinden wir uns an einem ähnlichen Scheideweg. Wenn die Rahmenbedingungen sich dermaßen stark ändern wie zurzeit, kann man mit alten Konzepten von vor 40 Jahren nicht einfach weiter machen.

Es gibt andere Lösungen für den A49-Lückenschluss, die viel einfacher, kostengünstiger, und umweltfreundlicher realisiert werden können. Mit dem Dannenröder Appell wurde 2019 noch einmal die sinnvolle Alternativplanung vorgelegt. Diese Alternative würde keine Waldrodung und keine Trinkwasserprobleme mit sich bringen, und vor allem würde sie viel weniger kosten.

Wir freuen uns, wenn Sie sich der Sache annehmen. Insbesondere zur Gefährdung des Trinkwassers durch das Bauprojekt liegt im Bundestag bereits auch eine kleine Anfrage der Grünen-Fraktion vor.

Gerne sind wir bereit, an Treffen jeder Art – auch in Berlin – kurzfristig teilzunehmen.

Mit freundlichem Grüßen

Thom. P. Thompson

Thomas Thompson, Homberg Ohm – Dannenrod, Hessen

Im Auftrag:

Des Aktionsbündnisses Keine A49 www.aktionsbuendnis-keine-a49.de

Der Dannenröder Mahnwache Keine A49 www.mahnwache-dannenroederforst.de